



## Kommt die GroKo?

Eine Woche wurde verhandelt, am Ende wurden die Sondierungsgespräche mit der SPD erfolgreich abgeschlossen: Mit dem [28-seitigen Sondierungspapier](#) haben wir eine gute Grundlage für eine erneute Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre erstellt. Allerdings muss die SPD am kommenden Sonntag darüber auf einem Parteitag beraten und Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU-Fraktion erst noch beschließen. Im Interesse der Handlungsfähigkeit unseres Landes hoffe ich, dass die Sozialdemokraten am Ende Koalitionsverhandlungen zustimmen werden.

Das Sondierungsergebnis ist, wie es in einer Parteiendemokratie üblich ist, ein Geben und Nehmen für beide Seiten – auch uns sind einige Zugeständnisse an die SPD schwer gefallen: So zum Beispiel die Absicherung des Rentenniveaus bis 2025 auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent oder die Wiedereinführung der Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung.

Dafür konnte die Union ebenfalls gute Verhandlungsergebnisse erzielen, zum Beispiel im Bereich Familien und Kinder: Wir wollen unter anderem das Kindergeld um 25 Euro erhöhen, die Kinderbetreuung ausbauen, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen sowie den weiteren Ausbau der Mütterrente voranbringen. Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, Steuererhöhungen und einen Systemwechsel in der Krankenversicherung zu verhindern, zukunftsweisende Investitionen in Bildung und digitale Infrastruktur voranzubringen und den Soli für 90 Prozent der Steuerzahler bis 2021 komplett abzuschaffen. Auch dringend notwendige Maßnahmen zur Begrenzung und

besseren Steuerung der Migration und ein Fachkräftezuwanderungsgesetz konnten vereinbart werden. Auch kommen Erfolge im Bereich Infrastruktur unserem Wahlkreis Tübingen-Hechingen zu Gute: Es liegt neben der Fortführung der Verkehrsinvestitionen auf Rekordniveau gerade in der Erhöhung und Dynamisierung der Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Mittel eine besondere Chance für die Realisierung der Regionalstadtbahn als eines von mehreren wichtigen Verkehrsinfrastrukturprojekten wie auch dem Ausbau der B27 und B28.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Annette Widmann-Mauz MdB



## **Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte**

Diese Woche hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung über den Gesetzentwurf zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte beraten. Die CDU-/CSU-Fraktion setzt mit der Forderung nach einer weiteren Aussetzung exakt das Sondierungsergebnis um, in dem Union und SPD festgelegt haben, dass im Januar ein Gesetz eingebracht wird, das den Status quo (Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte) so lange verlängert, bis folgende Neuregelung in Kraft gesetzt ist: Anstelle des bisherigen Gesetzes mit einem generellen Familiennachzug für subsidiär Geschützte tritt eine Neuregelung, mit der ein geordneter und gestaffelter Familiennachzug nur aus humanitären Gründen geregelt wird. Das Sondierungspapier sagt ferner, dass 1.000 Menschen pro Monat der Nachzug nach Deutschland ermöglicht werden soll, im Gegenzug laufen die EU-bedingten 1000 freiwilligen Aufnahmen pro Monat von Migranten aus Griechenland und

Italien aus. Dieser Familiennachzug soll nur gewährt werden, wenn es sich um Ehen handelt, die vor der Flucht geschlossen worden sind, keine schwerwiegenden Straftaten begangen wurden, es sich nicht um Gefährder handelt, eine Ausreise kurzfristig nicht zu erwarten ist. Mit der gesetzlichen Neuregelung wollen Union und SPD Anreize ausschließen, die dadurch entstehen, dass Minderjährige von ihren Eltern unter Gefährdung des Kindeswohls zukünftig auf die gefährliche Reise vorgeschickt werden. Der Familiennachzug soll also zunächst bis zum Inkrafttreten der in den Sondierungen vereinbarten Neuregelung, die bis zum 31. Juli 2018 verabschiedet werden soll, ausgesetzt bleiben. Daneben bleibt es natürlich beim Familiennachzug für Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK); denn nicht vergessen werden darf, dass etwa zwei von drei (teil-)anerkannten Flüchtlingen, nämlich rund 500.000 GFK-Flüchtlinge, schon heute einen Anspruch auf Familiennachzug haben.

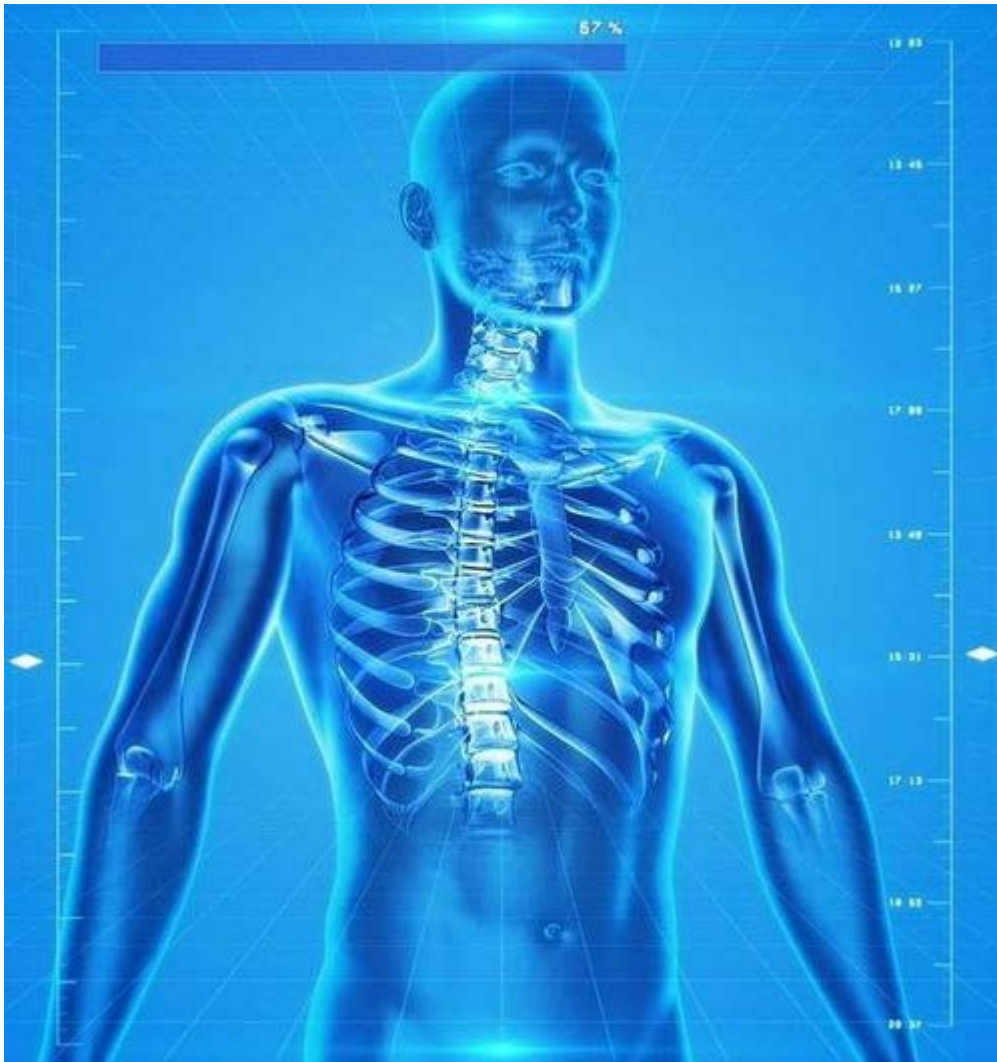


## **Antisemitismus entschlossen bekämpfen**

Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion wurde mit einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen anlässlich des bevorstehenden Holocaust-Gedenktages am 27. Januar diese Woche im Deutschen Bundestag ein klares Zeichen gegen jede Form von Antisemitismus in unserem Land gesetzt. In Deutschland existiert nach wie vor ein nicht akzeptables Maß an Antisemitismus. Der größte Teil der antisemitischen Delikte ist weiterhin rechtsextrem motiviert, allerdings nimmt auch der arabischstämmige Antisemitismus stark zu, so wurden beispielsweise kürzlich die antiisraelischen Kundgebungen vor dem Brandenburger Tor bundesweit bekannt.

Diesem Antisemitismus müssen wir uns als Gesellschaft klar und deutlich

entgegenstellen – gleichgültig, ob er strafbar ist oder nicht. Wir dürfen einen durch Zuwanderung erstarkenden Antisemitismus ebenso wenig dulden wie bestehende Formen des Antisemitismus in Deutschland. In diesem Zusammenhang will die CDU/CSU-Fraktion das Straf- und Versammlungsrecht prüfen, ob es ausreichende Handhabe gegen das Verbrennen israelischer Fahnen und antisemitische Ausschreitungen im Rahmen von Versammlungen gibt. Auch setzt sich die Union für die Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung ein, der Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus koordinieren soll.



### **Forschungsgelder für Universität Tübingen – Bund fördert Projekt zur Schmerztherapie mit 726.000 Euro**

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) der Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz MdB, mitteilte, erhält das Verbundprojekt „Innovative Schmerztherapie durch interaktive Stimulation (InSpiration)“ finanzielle Unterstützung durch das BMBF in Millionenhöhe. Davon fließen 726.000 Euro an die Eberhard Karls Universität Tübingen, weitere 1,05 Mio. Euro gehen an den Projektpartner, die BOMEDUS GmbH in Bonn.

„InSpiration ist ein Vorhaben zur Schmerztherapie, das fast nebenwirkungsfrei und alltagstauglich ist und damit einen hohen Patientennutzen verspricht. Es verbessert als Alternative zu einer rein medikamentösen Schmerzbehandlung die Lebensqualität, Mobilität und soziale Teilhabe der Menschen mit chronischen Schmerzen. Dass dieses innovative Tübinger Projekt mit fast einer dreiviertel Million Euro gefördert wird, ist eine wirklich erfreuliche Nachricht“, so Widmann-Mauz MdB. In Deutschland sind fast 15 Millionen Menschen von chronischen Schmerzen betroffen. Die meisten Patienten leiden unter Problemen im Bereich des Rückens und des Nackens. Hinzu kommen jährlich tausende Amputationspatienten, die über Phantom- oder Stumpfschmerzen klagen. Durch längere Schmerzpräsenz kommt es zu einer permanent veränderten Schmerzempfindlichkeit. Im Gegensatz zu dem systemischen Wirk- und Nebenwirkungsprofil von Schmerzmedikamenten setzt die Elektrotherapie InSpiration lokal dort an, wo die Schmerzsignale peripher aufgenommen und an das Gehirn weitergeleitet werden. Dies ermöglicht schon bei akuten Schmerzen einen schonenderen und niedrigschwelligen Therapieansatz, um einer Chronifizierung entgegenzuwirken.

Die CDU Hechingen, Burladingen, Bisingen und Rangendingen laden ein:

**Traditioneller Politischer Aschermittwoch**

Mittwoch, 14.02.2018  
um 19.00 Uhr  
(Einlass 18.30 Uhr)  
Remise Hechingen  
Hofgut Domäne, Brielhof 1,  
72379 Hechingen

**Annette Widmann-Mauz MdB**  
Parlamentarische Staatssekretärin  
beim Bundesminister für Gesundheit

**Dr. Carsten Linnemann MdB**  
Bundesvorsitzender der CDU/CSU-  
Mittelstandsvereinigung (MIT)

**CDU**

## Politischer Aschermittwoch 2018

Spätestens, sobald Deutschland wieder mehr als eine geschäftsführende Regierung hat, braucht unser Land einen sicheren Kurs und unsere Wirtschaft unbedingt klare Perspektiven! Insbesondere der Mittelstand macht unser Land zum Land der Ideen und steht für Innovationen. Deshalb verdienen kleine und mittlere Unternehmen volle Unterstützung. Dafür kämpfen wir in der CDU auch mit neuen politischen Talenten. Es freut mich daher, dass ich mit [Dr. Carsten Linnemann MdB](#) einen profilierten Kenner der Politikfelder Arbeit und Soziales sowie Wirtschaft und Finanzen für unseren Politischen Aschermittwoch in Hechingen gewinnen konnte. Carsten Linnemann hat an der Fachhochschule der Wirtschaft Betriebswirtschaftslehre studiert und sich 2006 in Chemnitz zum Dr. rer.

pol. promovieren lassen. Der gebürtige Paderborner arbeitete zunächst bei der Deutschen Bank sowie der Deutschen Industriebank IKB, bevor er 2009 im Bundestagswahlkreis 138 (Paderborn) das Direktmandat für die CDU errang, das er 2013 und 2017 mit landesweit überdurchschnittlichen Ergebnissen verteidigen konnte. Seit Oktober 2013 ist Linnemann Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union, der MIT. Carsten Linnemann setzt sich seit Jahren meinungsstark für einen attraktiven und zukunftsweisenden Wirtschaftsstandort Deutschland ein.

Ich freue mich auf Sie und Ihre Begleitung sowie auf einen einzigartigen Politabend bei zünftiger Musik und rustikaler Küche!

## Ihre Meinung ist wichtig!

Schreiben Sie mir eine Mail oder rufen Sie mich an. Ich bin für Sie da.

Telefon: 030 / 227-77217 | Telefax: 030 / 227-76749

E-Mail: [annette.widmann-mauz@bundestag.de](mailto:annette.widmann-mauz@bundestag.de)

Besuchen Sie mich auf meiner Facebookseite:

<https://www.facebook.com/widmannmauz>

Annette Widmann-Mauz | Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

